

Schriftliche Kleine Anfrage

des Abgeordneten Stephan Jersch (DIE LINKE) vom 19.06.20

und Antwort des Senats

Betr.: Bau- und Ausnahmegenehmigungen – zulasten des Naturhaushalts?

Einleitung für die Fragen:

Der Neubaubedarf an Wohnungen in Hamburg sorgt für einen hohen Druck auf Frei- und Grünflächen und geht zulasten des Naturhaushalts. Wenn im Zuge von Bauprojekten in die Natur eingegriffen wird, greift die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung, und dieser Naturverlust muss ausgeglichen werden. Die Ausgleichmaßnahmen sind in den Bebauungsplänen festgesetzt, im Prinzip orts- und zeitnah umzusetzen. Die Beantwortungen der Drs. 19/2518 und 21/2791 zur Bereitstellung von Ersatzflächen und Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen in Hamburg ergaben Defizite in der Umsetzung in allen Bezirken. Seitdem sind einige Jahre vergangen, das Problem scheint aber nach wie vor vorhanden. So wird zum Beispiel für Wilhelmsburg berichtet, dass das IBA-Büro immer mehr Ausnahmegenehmigungen zulasten von Natur- und Umweltschutz in den Baugenehmigungen stellt.

Ich frage den Senat:

Ausnahmegenehmigungen

Frage 1: *Wie viele und welche Bebauungspläne wurden seit 2016 mit festgesetzten Ausgleichsmaßnahmen beschlossen? Bitte nach Bezirken, Stadtteilen und Art (Wohnungen/Hotels/sonstiges Gewerbe) und jeweils pro Jahr auflisten.*

Antwort zu Frage 1:

Tabelle 1

Hamburg-Mitte	Art der Nutzung	Jahr	Umsetzungsstand	Begründung
Neustadt 42	Wohnen/ Gewerbe/ Grünfläche	2017	noch nicht begonnen	Dachbegrünung erst mit Umsetzung des Hochbaus möglich
Wilhelmsburg 93	Wohnen	2017	bereits durchgeführt	

Tabelle 2

Altona	Art der Nutzung	Jahr	Umsetzungsstand	Begründung
Sülldorf 3	Wohnen	2016	bereits durchgeführt	
Lurup 65	Wohnen	2016	begonnen	

Altona	Art der Nutzung	Jahr	Umsetzungs-stand	Begründung
Rissen44/ Sülldorf18/ Iserbrook 26	Landwirtschaftliche Nutzung	2019	begonnen	
Sülldorf 4 (ergänzendes Verfahren)	Landwirtschaftliche Nutzung	2019	begonnen	
Rissen 51	Wohnen	2019	noch nicht begonnen	kleine Teilfläche eines Grundstücks mit geplanter Grün- landextensivierung
Osdorf 47/ Iserbrook 25/ Lurup 64 (ergänzendes Verfahren)	Landwirtschaftliche Nutzung	2020	begonnen	

Tabelle 3

Eimsbüttel	Art der Nutzung	Jahr	Umsetzungs-stand	Begründung
Stellingen 62	Kerngebiet, Wohnen, Grünfläche	2017	bereits durchgeführt	
Niendorf 90	Gewerbe, Grünflächen	2018	bereits durchgeführt	

Tabelle 4

HH-Nord	Art der Nutzung	Jahr	Umsetzungs-stand	Begründung
Alsterdorf 22/ Winterhude 22	Sondergebiet, Grünflächen	2017	bereits durch- geführt, eine Maßnahme noch nicht begonnen	Personalkapazität
Langenhorn 80	Wohnen, Grünflächen	2019	bereits durchgeführt	

Tabelle 5

Wandsbek	Art der Nutzung	Jahr	Umsetzungs-stand	Begründung
Wandsbek 79	Wohnen	2016	noch nicht begonnen	Eingriffsvorhaben ist noch nicht fertige- stellt
Farmsen-Berne 38	Wohnen	2017	begonnen	
Poppenbüttel 43	Wohnen	2018	begonnen	
Hummelsbüttel 28	Wohnen	2019	begonnen	
Rahlstedt 131	Gewerbe	2019	begonnen	Das Gewerbegebiet wird zurzeit erschlos- sen, mit ersten exter- nen Ausgleichsmaß- nahmen wurde begonnen

Tabelle 6

Bergedorf	Art der Nutzung	Jahr	Umsetzungs-stand	Begründung
Lohbrügge 89	Wohnen	2016	begonnen	

Bergedorf	Art der Nutzung	Jahr	Umsetzungs-stand	Begründung
Lohbrügge 92	Wohnen	2016	begonnen	Die externen, in Schleswig-Holstein liegenden und von der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein vermittelten Ausgleichsmaßnahmen waren bereits zum Zeitpunkt der Planfestsetzung im Sinne von Ökokonten umgesetzt
Bergedorf 116	Gemeinbedarf, Wohnen	2018	begonnen	
Billwerder 29/ Allermöhe 29/ Neuallermöhe 1	Wohnen, Sondergebiet, Gewerbe	2019	begonnen	
Kirchwerder 33	Gemeinbedarf, Wohnen	2020	begonnen	

Tabelle 7

Harburg	Art der Nutzung	Jahr	Umsetzungs-stand	Begründung
Neuland 43	Industrie	2017	begonnen	
Hausbruch 40	Wohnen, Grünflächen	2017	begonnen	

Tabelle 8

Senat	Art der Nutzung	Jahr	Umsetzungs-stand	Begründung
Schnelsen 79	Wohnen, Sondergebiet	2016	noch nicht begonnen	Eingriffsvorhaben ist noch nicht begonnen; laufende Normenkontrollklage
Schnelsen 86	Wohnen, Gewerbe, Grünfläche	2018	begonnen	

begonnen = Maßnahmen auf den festgesetzten Ausgleichsflächen werden bereits umgesetzt

Frage 2: Was hätte in jeweiligen Baugenehmigungen ausgeglichen werden müssen?

Antwort zu Frage 2:

Grundsätzlich werden in Bebauungsplänen festgesetzte Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen von Baugenehmigungen nicht nochmals festgesetzt.

Frage 3: Wie sieht bei diesen Bebauungsplänen der Umsetzungsstand aus? Bitte aufführen, bei welchen Bebauungsplänen die Ausgleichsmaßnahmen bereits durchgeführt wurden, bei welchen mit den Ausgleichsmaßnahmen begonnen und bei welchen noch nicht begonnen wurde?

Frage 4: Sofern Ausgleichsmaßnahmen noch nicht begonnen wurden: Aus welchen Gründen wurden die Maßnahmen noch nicht begonnen? Bitte nach Bezirken auflisten.

Antwort zu Fragen 3 und 4:

Siehe Antwort zu Frage 1.

Frage 5: *Hat der Senat Kenntnisse/Untersuchungen zu Veränderungen der Arten (Wohnungen/Hotels/sonstiges Gewerbe) sowie deren Anzahl nach der Bebauung?*

Wenn ja, welche?

Antwort zu Frage 5:

Über Arten von Nutzungsänderungen und deren Anzahl liegen keine statistischen Erhebungen vor.

Frage 6: *Wie viele Ausgleichsmaßnahmen wurden im Rahmen von Baugenehmigungen in den Jahren seit 2016 über Geldzahlungen ausgeglichen? Bitte aufgelistet nach Jahr und Stadtteilen.*

Frage 7: *Was an und welche Flächen (ha) hätten in jeweiligen Baugenehmigungen mit Anpflanzungen, Feuchtleger von Flächen und so weiter geschaffen oder aufgewertet werden müssen?*

Antwort zu Fragen 6 und 7:

Die naturschutzrechtliche Eingriffsregelung ist im Rahmen der Baugenehmigungsverfahren unbeachtlich.

Frage 8: *Welche der damals noch nicht begonnenen oder noch nicht abgeschlossenen Ausgleichsmaßnahmen aus den in der Drs. 21/2791 genannten Bebauungsplänen sind mittlerweile umgesetzt? Bitte nach Bezirken und Umsetzungsstand auflisten.*

Antwort zu Frage 8:

Im Bezirk Hamburg-Mitte sind bislang keine der noch nicht begonnenen oder nicht abgeschlossenen Ausgleichsmaßnahmen aus den in der Drs. 21/2791 genannten Bebauungsplänen umgesetzt, mit Ausnahme des Bebauungsplans HafenCity 11. Die vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen für die Veränderung des Baakenhafens wurden im Bebauungsplan HafenCity 14 als nachrichtliche Übernahme aus einem wasserrechtlichen Verfahren übernommen und wurden inzwischen umgesetzt.

Im Bezirk Altona wurden die Ausgleichsmaßnahmen zum Bebauungsplan Osdorf 41 umgesetzt.

Im Bezirk Eimsbüttel wurden die Ausgleichsmaßnahmen zum Bebauungsplan Eidelstedt 31 sowie Stellingen 49 umgesetzt.

Im Bezirk Hamburg-Nord sind bislang keine der noch nicht begonnenen oder nicht abgeschlossenen Ausgleichsmaßnahmen aus den in der Drs. 21/2791 genannten Bebauungsplänen umgesetzt.

Im Bezirk Wandsbek wurden die Ausgleichsmaßnahmen zu den Bebauungsplänen Bergstedt 18, Bergstedt 19, Bramfeld 64 und Jenfeld 22 umgesetzt.

Im Bezirk Bergedorf wurden die Ausgleichsmaßnahmen zu den Bebauungsplänen Moorfleet 15/Billwerder 24/Billbrook 7, Moorfleet 17, Bergedorf 102 und Bergedorf 104/Curslack 19 und Billwerder 26 umgesetzt. Die Ausgleichsmaßnahmen zu den Bebauungsplänen Kirchwerder 23, Kirchwerder 17/Ochsenwerder 8 und Allemöhe 28 wurden begonnen, sind aber noch nicht vollständig abgeschlossen.

Im Bezirk Harburg wurden die Ausgleichsmaßnahmen zu den Bebauungsplänen Harburg 65, Heimfeld 44, Neuland 18/Harburg 54 sowie Rönneburg 25/Sinstorf 21 umgesetzt. Die Ausgleichsmaßnahmen zu den Bebauungsplänen Gut Moor 1 und Neugraben/Fischbek 65 sind weitgehend umgesetzt.

Anzahl Bauvorhaben in Wilhelmsburg

Frage 9: *Wie viele Bauvorhaben (Wohnungen, Hotels, Gewerbe) wurden in den letzten zehn Jahren für Wilhelmsburg genehmigt? Bitte aufgelistet nach Jahren/Quartieren (Angabe Gewerbe, Wohnungen oder Hotel).*

Antwort zu Frage 9:

Tabelle 9

Zeit	Anzahl der genehmigten Wohnungen insgesamt (Neubau und Baumaßnahmen)
2010	78
2011	102
2012	338
2013	84
2014	216
2015	30
2016	100
2017	134
2018	121
2019	Für diesen Zeitraum sind keine Daten vorhanden

Unter Baugenehmigungen werden genehmigungs- oder zustimmungsbedürftige sowie kenntnisgabe- oder anzeigepflichtige oder einem Genehmigungsverfahren unterliegende Baumaßnahmen verstanden (Quelle: Statistikamt Nord).

Statistiken zu anderen Bauvorhaben (Hotels, Gewerbe) liegen nicht vor.

Frage 10: *Wie viele der Wohnungen gehörten jeweils zur Kategorie: Sozialer Wohnungsbau/Eigentum/frei finanziert.*

Frage 11: *Welche Angaben liegen dem Senat vor zur jeweiligen Wohnfläche/Nase (bitte gesondert auführen nach: Sozialer Wohnungsbau/Eigentum/frei finanziert)?*

Antwort zu Fragen 10 und 11:

Die Kategorien des Wohnungsbaus (sozialer Wohnungsbau, frei finanzierter Wohnungsbau, Eigentumswohnungen) sowie deren Wohnflächenanteil sind nicht Bestandteil der Prüfung von Bauanträgen, daher liegen dem Bezirksamt keine Erkenntnisse vor. Auch dem Statistikamt Nord liegen dazu keine Daten vor.